

MITGLIEDERZEITUNG DER DEUTSCHEN STEUER GEWERKSCHAFT, LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

DSTG Niedersachsen hat jetzt einen zertifizierten Gesundheitsmanager!

In der Zeit vom 30.09.2013 bis 14.01.2014 habe ich an vier von der dbb-akademie durchgeführten zertifizierten Fortbildungsveranstaltungen zum Gesundheitsmanager in Berlin teilgenommen. Warum?

Die Gesundheit ist unser höchstes Gut und wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wie folgt beschrieben:

"Gesundheit ist ganzheitlich definiert als psychisches, körperliches und soziales Wohlbefinden bei gleichzeitiger Förderung und Gewährleistung der Handlungskompetenz der Menschen für ein aktives Verhalten."



Gesundheit ist nicht nur Privatangelegenheit in unserer Freizeit; sie wirkt in allen Lebensbereichen und ist daher auch eine wichtige Grundlage in unserer Arbeitswelt. Jeder ist zunächst für seine eigene Gesundheit verantwortlich; daneben hat aber auch der Arbeitgeber rechtliche Aspekte und Grundlagen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu beachten.

Somit umfasst die betriebliche Gesundheitsförderung alle Maßnahmen von Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Gesellschaft zur Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz (Luxemburger Deklaration von 1997).

Damit sind wir beim Gesundheitsmanagement, wie es mittlerweile in fast 50 Finanzämtern in Niedersachsen eingeführt wurde und Veränderungsprozesse in Gang gesetzt hat.

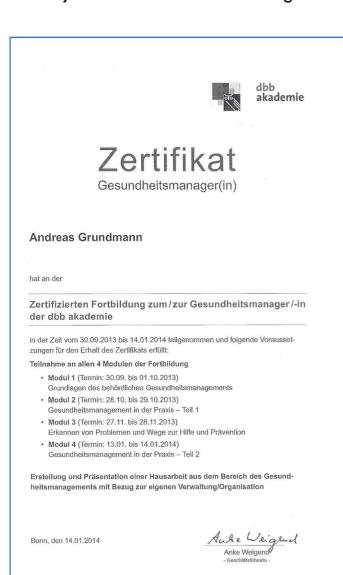
Aus dem Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 1

Mir ist Gesundheitsmanagement persönlich sehr wichtig. Ich möchte mich weiterhin dafür einsetzen und mithelfen, die folgenden Ziele des Gesundheitsmanagements zu erreichen:

- Gesundheitsgefährdungen erkennen, verhüten bzw. reduzieren
- Gesundheit der Beschäftigten fördern und erhalten
- Arbeitszufriedenheit, Motivation, Leistungsbereitschaft bewahren und steigern
- Integrieren aller Aktivitäten in ein strategisches Gesundheitsmanagement

Es gäbe noch vieles dazu zu sagen, näher zu erläutern oder klar zu stellen. Dies würde jedoch an dieser Stelle den gesteckten Rahmen sprengen.



Ich stehe Ihnen/Euch jedoch gern für weitere Ausführungen zur Verfügung

(Tel. 05551/704-215).

Andreas Grundmann (Finanzamt Northeim)

Als besondere Anerkennung des Einsatzes von Andreas Grundmann werte ich die Tatsache, dass die Oberfinanzdirektion Niedersachsen die Kosten der Fortbildung getragen hat. Hierfür bedanke ich mich sehr herzlich.

Ich kann versichern, die Oberfinanzdirektion schuf mit dieser Förderung eines tüchtigen und engagierten Gesundheitsmanagers die Basis für weitere Erfolge, die meinem Landesverband und mir sehr am Herzen liegen.

> Dr. Thorsten Eichenauer, Landesvorsitzender

Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover Telefon: 05 11/34 20 44, FAX: 05 11/3 88 39 02, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover Auflage: 8.000 - Erscheinungsweise: zweimonatlich - Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss. Der Bezugspreis ist für Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. (C) 2014 - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten

Der Landesvorsitzende - Angemerkt...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

"Stets zu Diensten? Der Staat im 21. Jahrhundert"- lautete das Motto der 55. Jahrestagung des dbb Anfang Januar in Köln.

Beamtinnen und Beamte waren in einer Zeit, die ich für abgeschlossen hielt, Staatsdienerinnen und Staatsdiener. Sie dienten der Obrigkeit. Es bestand ein strenges Unterordnungsverhältnis. Ich glaubte, in den letzten Jahrzehnten sei hier ein Wandel zu Beschäftigten, zu einem partnerschaftlichen Miteinander eingetreten. Ich habe mich geirrt.

In Rheinland-Pfalz verkündete die Landesregierung unter Kurt Beck, den Staatsdienerinnen und Staatsdienern "Planungssicherheit" verschaffen zu wollen. Sie beschloss für 5 Jahre Gehaltserhöhungen von lächerlichem 1% pro Jahr. Schlechte Beispiele färben leider schnell ab. Die neue hessische Landesregierung will ihren Bediensteten ab 2016 ebenfalls nur noch Gehaltserhöhungen von 1 % pro Jahr gewähren. Nordrhein-Westfalen macht Gehaltssteigerungen von Besoldungsgruppen abhängig und zerstört das gesamte bewährte Besoldungsgefüge. Bremen lässt Besoldungserhöhungen wieder einmal ausfallen.

Diese Entscheidungen sind nicht das Gebaren eines modernen Staates des 21. Jahrhunderts, nicht des in Köln parteiübergreifend geforderten attraktiven Arbeitgebers "Öffentlicher Dienst", sondern das Verhalten von Gutsherrn des Mittelalters. Aus den Untertanen soll so viel wie möglich herausgepresst werden. Von sozialer Verantwortung und Fürsorge im Staatsdienst haben wir uns in vielen Teilen Deutschlands inzwischen verabschiedet.

Norbert Walter-Borjans, der Finanzminister Nordrhein-Westfalens, irrte auf der Jahrestagung des dbb als er betonte, die rechtliche Überprüfung der Besoldungserhöhung sei das **gute Recht** der Gewerkschaften. Es ist die Pflicht jeder Beamtinnen und jedes Beamten, sich gegen derartige Entscheidungen zu wehren.

Nicht die Gewerkschaften sind in ihren Rechten verletzt, sondern alle Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen. In Rheinland-Pfalz legte das Verwaltungsgericht Koblenz das Besoldungsgesetz des Landes dem Bundesverfassungsgericht vor, weil es das Gesetz wegen Verstoßes gegen das Alimentationsprinzip für verfassungswidrig hält. Wir raten den Kolleginnen und Kollegen: Wehret den Anfängen der Besoldung nach Gutsherrenart.



Die Gewerkschaften des dbb stehen hinter den in ihren Rechten verletzten Kolleginnen und Kollegen.

Ich stimme der Aussage von Bundesinnenminister de Maizière in Köln zu, der Haushalt müsse nach Kassenlage aufgestellt werden. Ein Finanzminister muss jedoch wie ein guter Familienvater zunächst die Grundbedürfnisse, sprich die Gehälter seiner Beschäftigten absichern. Erst danach können Mittel für neue politische Aktivitäten eingeplant werden.

Erst die Pflicht, dann die Kür. Große Teile der Politik haben sich aus dieser Gedankenwelt verabschiedet. Sie planen erst die Kür und kürzen dann gegebenenfalls die Pflicht. Das ist keine Haushaltsaufstellung nach Kassenlage, sondern nach Lustgewinn. Gegen das Setzen falscher Prämissen besteht die Pflicht zum Widerstand.

Wir Gewerkschaften unterstützen unsere Mitglieder im Kampf für eine gerechte Besoldung. Wir tun dies nicht nur, weil wir uns gegenüber unseren Mitgliedern solidarisch verhalten wollen, sondern uns treibt die Sorge um den Staat im 21. Jahrhundert um.

Zentrales Thema - nicht nur in Köln - ist der demographische Wandel. Wie die Klimaveränderung handelt es sich um einen schleichenden Prozess, den niemand richtig wahrnimmt oder wahrnehmen will. Zeitnah müssen Veränderungen erfolgen, um sich auf die absehbare Tatsache einzustellen, dass dem Arbeitsmarkt in einem überschaubaren Zeitraum Menschen fehlen.

Eine deutliche Rechtsvereinfachung - nicht nur im Steuerrechtist oberstes Gebot, um dem Gedanken des Rechtsstaats zu genügen. Was nützen den Bürgerinnen und Bürgern Vorschriften, die bis ins Detail Regelungen treffen, wenn die Überwachung der Beachtung dieser Normen nicht mehr gewährleistet ist? Was nützen diese Vorschriften, wenn niemand mehr da ist, der sie anwendet oder sie befolgt? Der Ruf nach immer mehr Normen, nach immer mehr Einzelfallgerechtigkeit per Gesetz kann vielleicht von der Legislative umgesetzt werden. Aber es werden die Menschen fehlen, die diese Normen dann noch anwenden und ihre Einhaltung kontrollieren können.

Viele fordern einen schlanken Staat, ohne die Verschlankung konkret zu benennen. Ich bin der Meinung, der deutsche Föderalismus hat sich überlebt. Wenn Landesminister wie Walter-Borjans offensichtlich nur noch die Kraft finden, den Beschäftigten den Gang zu den Verfassungsgerichten nach Münster oder Karlsruhe zu empfehlen, sollte man sie von der Last ihres Amtes befreien. Wenn der Wille zur verfassungsgemäßen Gestaltung fehlt und man stattdessen auf Verfassungsgerichtsentscheidungen wartet, hat man seinen Beruf als Politiker verfehlt.

Verfassungsgerichte haben eigentlich die Aufgabe, als letzte Instanz bei Verfassungsverstößen korrigierend einzugreifen. Ich gewinne zunehmend den Eindruck, Politikerinnen und Politiker sehen

Der Landesvorsitzende - Angemerkt...

Verfassungsgerichte als letzte politische Instanz, weil sie selbst nicht mehr bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Die Föderalismusreformen I und II haben uns in eine Sackgasse gelenkt. Beide verhindern, unsere Bundesrepublik Deutschland zukunftsfähig aufzustellen. Sie fördern die Kleinstaaterei statt den Gesamtstaat zu stärken. Die Länderzuständigkeiten hätten deutlich verringert werden müssen statt sie auszubauen. Einerseits werden einheitliche Normen in Europa gefordert, um der Globalisierung gerecht zu werden, andererseits praktizieren wir in Deutschland einen Provinzföderalismus, der der zuvor genannten Forderung zuwiderläuft. Als Jurist kenne ich sehr wohl die "Ewigkeitsgarantie" des Grundgesetzes für das föderale System. Ich halte derartige Regelungen für verfassungswidriges Verfassungsrecht, weil sie gegen das Demokratiegebot verstoßen. Im Übrigen haben sich die rechtlichen Verhältnisse so gewandelt, dass die Geschäftsgrundlage für diese Regelung entfallen ist. Eine Auflösung der Bundesländer würde den deutschen Staat verschlanken, ihn effektiver machen und einen kleinen Beitrag zum demographischen Wandel leisten.

Strukturreformen sind aber nicht nur im politischen, sondern auch im gewerkschaftlichen Bereich gefordert. Unser Bundesvorstand trifft sich vom 15. bis 17. Februar in Königswinter, um über künftige Strategien und Strukturen zu diskutieren. Auch wir müssen uns fragen, ob über Jahrzehnte bewährte Strukturen noch zeitgemäß sind. Nach meiner Ansicht müssen wir die Basisarbeit weiter verstärken und die Strukturen deutlich verschlanken. Ich hoffe auf zukunftsweisende Beschlüsse in Königswinter.

Mit freundlichen Grüßen Ihr

Aus dem Hauptpersonalrat

Das Projekt "Bp plus - Stärkung der Außendienste" muss ein Erfolg werden

Whomas Either and

Die DSTG Niedersachsen begrüßt das Projekt "Bp plus", denn in den letzten Jahren lag der Fokus der Verwaltung, bedingt durch die Zielvereinbarungen I bis III zum Stellenabbau, fast ausschließlich auf dem Innendienst. In Zeiten der Umstellung auf KONSENS, der Rentenbezugsmitteilungen und anderer Katastrophen war das auch nachvollziehbar und richtig. Zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes haben sich die Finanzämter vielfach veranlasst gesehen, den Personalbestand im Innendienst zu Lasten der steuerlichen Außenprüfung zu verstärken.

Die anderen Katastrophen sind noch lange nicht alle überstanden (ELSTAM lässt grüßen), aber 252 aktuell nicht besetzte Dienstposten im gesamten Außendienst (mit weiter steigender Tendenz) zeigen den dringenden Handlungsbedarf auf.

Politik und Verwaltung haben erfreulicherweise erkannt, dass aufgrund des fehlenden Personals die vorhandenen Steuerquellen nicht gleichmäßig und vollständig ausgeschöpft werden und deshalb die Rahmenbedingungen und die Arbeit im Außendienst attraktiver gestaltet werden müssen.

Erstes Hindernis auf dem Weg in den Außendienst ist oft der fehlende PKW. Junge Familien brauchen in vielen Fällen ein zweites Fahrzeug. Ein Vorschuss kann bei der Anschaffung für's Erste helfen, aber eine erhöhte Pauschale der Km-Erstattung, ein Dienstwagen oder eine geänderte Reisekos-

tenregelung bei Prüfungen in der eigenen politischen Gemeinde würde sicher die Entscheidung für den Außendienst erleichtern.

Die vielen Vorschläge und weiteren Möglichkeiten, den Außendienst nicht nur finanziell attraktiver zu machen, sondern auch die Arbeitsbedingungen zu verbessern, müssen ernsthaft und vor allem mit dem Willen zur Veränderung diskutiert und analysiert werden.

Diesem Auftrag wird, nach Auffassung der DSTG, keiner gerecht, der auf 10 Jahre alte Verfügungen oder Prüfungen verweist und deshalb Vorschläge verwirft.

Auch wir wissen, es geht kein Füllhorn auf, die Mittel des

Aus dem Hauptpersonalrat

Fortsetzung von Seite 4

Haushalts sind endlich.

Nicht alles Erforderliche und Wünschenswerte wird umgesetzt werden können, schon gar nicht auf einmal. Aber es müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Eine Priorisierung der Vorschläge und ein Zeitplan der Umsetzung sind wichtig, um Perspektiven für die Kolleginnen und Kollegen zu schaffen und die Motivation zu fördern.

Die Erwartungen unserer Kolleginnen und Kollegen, die durch die Aussagen im Koalitionsvertrag geweckt wurden, sind extrem hoch, vielleicht ein wenig zu hoch. Aber die Hoffnungen auf Veränderung dürfen nicht enttäuscht werden, denn sonst ist in den nächsten 20 Jahren niemand in den Finanzämtern bereit, sich in einem ähnlichen Projekt einzubringen. Die gesamte Kraftanstrengung und die investierte Zeit wären ungenutzt "verpufft".

Sowohl der Politik als auch den verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen im MF und der OFD muss bewusst sein, dass das Projekt aus der Sicht aller Beteiligten, insbesondere der unserer Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern, ein Erfolg werden muss!

Aus dem Bundesvorstand

KONSENS - Gründlichkeit und Sorgfalt vor Schnelligkeit Die Steuerverwaltung ist kein Chaotenverein

Die Optimierung der bislang entwickelten IT - Verfahren muss Vorrang vor der Schaffung neuer haben, ist eine zentrale Forderung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Unser Bundesvorstand befasste sich auf einer Klausurtagung vom 15. bis 17. 2. in Königswinter intensiv mit dem Thema KONSENS.

Länderübergreifend stellten wir fest, viele Kolleginnen und Kollegen aller Altersgruppen sind durch die zahlreichen Kinderkrankheiten der neuen Technik überfordert. Der Glaube vieler Politikerinnen und Politiker, den Personalfehlbestand durch neue IT-Verfahren auszugleichen, hat sich erwartungsgemäß als Trugschluss erwiesen. Neue Verfahren müssen sorgfältig entwickelt und erprobt werden.

Wir wissen, unsere Kolleginnen und Kollegen in den Rechenzentren arbeiten mit Hochdruck an der Entwicklung von KONSENS-Produkten. Die Politik muss jedoch akzeptieren, dass jeder Entwicklungsphase eine längere Erprobungsphase folgen muss, bevor eine flächendeckende Anwendung möglich ist.

Zunächst sind zum Schutz der Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen die Kinderkrankheiten der bereits genutzten Programme zu beseitigen, bevor neue entwickelt werden. Die Finanzverwaltung darf nicht zu einem Chaos-Club verkommen.

Aktuelle Informationen

finden Sie laufend auch im Internet

auf unserer Seite www.dstgnds.de

Mitglieder finden dort im Geschützten Mitgliederbereich dazu noch immer etwas mehr.

Aus dem Landesvorstand

Landesvorstandssitzung in Hannover

Am 4. Dezember 2013 kamen die Mitglieder des Landesvorstandes in Hannover zu einer weiteren Sitzung im Kalenderjahr 2013 zusammen.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen ging es schwerpunktmäßig auch um grundlegende Überlegungen zu künftigen organisatorischen und strategischen Ausrichtungen der Verbandsarbeit.

Bereits Wochen zuvor hatte sich die Absicht der erst seit wenigen Monaten amtierenden Landesregierung abgezeichnet, die Besoldungserhöhung für 2014 mit fünfmonatiger Verzögerung gegenüber dem (gemeinsam!) erkämpften Tarifergebnis zu vollziehen. Die erheblichen Bemühungen der DSTG in vielen politischen Gesprächen mit allen im niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien schienen somit vergebens.

Offensichtlich war es nicht gelungen, die Damen und Herren Abgeordneten zu überzeugen, die durchaus vorhandenen Möglichkeiten des Landeshaushalts 2014 auch zugunsten der Beamtinnen und Beamten erwartungsgemäß zu nutzen.

So werden insbesondere die Beschäftigten in der Steuerverwaltung bestraft, obwohl sie für immer kräftiger sprudelnde Einnahmen sorgen.

Eigentlich verbietet es sich, die DSTG ständig auf die gesetzlich verankerte Schuldenbremse zu verweisen. Wenn der Politik das Wasser bis zum Hals steht, sollte sie gerade diejenigen nicht vergessen, auf deren Schultern sie steht! Mit diesem Selbstbewusstsein haben wir uns auf die Fahne



geschrieben, trotz des ersten Misserfolges für 2014 unentwegt und mit vielen gewohnt guten Argumenten bei den zahlreichen neu anstehenden Problemen leidenschaftlich weiter zu kämpfen.

Die Beamtenbesoldung wird aufgrund des aktuellen EuGH-Verfahrens zur fraglichen Altersdiskriminierung der Besoldungsstufen auf den Prüfstand kommen. Bei der last minute Neuregelung der Gehaltszuschläge in Teildienstfähigkeitsfällen sind offensichtlich noch längst nicht alle Fragen geklärt.

Zu dem in Arbeit befindlichen Landesreisekostengesetz haben wir sehr konkrete Vorstellungen parat. Und wenn es um eine Erweiterung der Zuständigkeiten der Personalvertretungen im NPersVG gehen wird, stehen wir sofort und besonders gut gewappnet "auf der Matte".

Im Rahmen der gewerkschaftlichen Positionierungen stellt der Landesvorstand jetzt auch die bisherige Organisation in Frage. Bis zum nächsten Landesverbandstag sollen in der Satzungskommission erneut Optimierungen erarbeitet werden. Ferner überlegen wir, inwieweit wir die rasante Entwicklung der Medienlandschaft auch zur Veränderung unseres Auftritts und unserer Öffentlichkeitsarbeit nutzen können.

Schließlich haben wir eine grundlegende Überprüfung unserer Gewerkschaftspolitik nach strategischen Kriterien angestoßen. Bereits in der vorangegangenen Landesvorstandssitzung war die Ortsverbandsarbeit in den Fokus gelangt. Wir haben die dringende Notwendigkeit erkannt, die Basisarbeit deutlich zu verbessern. Die Aktivitäten in allen Ortsverbänden durch jedwede Unterstützung zu verstärken, ist das erklärte Vorhaben des amtierenden Landesvorstandes. Somit gehört es auch zu unseren unbedingten Vorsätzen des neuen Jahres, den Austausch der Ortsverbände unter Ausnutzung unserer umfangreich vorhandenen Strukturen (Bezirksversammlungen, Jugend-, Frauen, Tarif- und Schwerbehindertenvertretungen) zu intensivieren.

Gleichzeitig haben sich unsere engagierten Personalvertretungen bei

Aus dem Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 6

den nicht enden wollenden Veränderungen unseres Dienstalltages selbstverständlich vorgenommen, mit unverändertem Einsatz und Sachverstand so aktiv zu bleiben, dass die Handschrift der DSTG trotz gebotener Schweigepflicht nach dem PersVG weiterhin zu erkennen ist.

Arnd Tegtmeier, DSTG Landesvorstand



Aus dem Bezirk Oldenburg

Bezirksausschuss Oldenburg tagte in Harpstedt

Gleich zu Beginn des Jahres 2014 hatte der Bezirksausschussvorsitzende Thorsten Balster die Ortsverbände nach Harpstedt eingeladen.

Begonnen wurde die Versammlung mit einer Vorstellungsrunde, um den vielen neuen Ortsverbandsvertretern den Einstieg zu erleichtern. Es zeigte sich zur Freude aller, dass in den letzten zwei Jahren erfolgreichen Vorsitzenden, die in den verdienten Ruhestand getreten sind, qualifizierter Nachwuchs gefolgt ist.

Dies ist ein wichtiger Punkt, denn auch vor den Gewerkschaften macht der demographische Wandel nicht halt. Ein großes Plus der DSTG ist es, dass sie durch die Ortsverbände vor Ort aktiv ist und dort direkt aus der Arbeitswelt heraus handeln kann. Hier liegt die Basis für erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit.

Zur aktuellen Lage sprach der Landesvorsitzende Dr. Thorsten Eichenauer und berichtete gleichzeitig aus der Arbeit im Landesvorstand.

Es wurde den Anwesenden ein bunter Strauß an Themen geliefert. Von den bisherigen Erfolgen der DSTG bis zu den Forderungen und Aufgaben in den Jahren 2014/2015, dem Aufbau der Senioren- und Schwerbehindertenvertretung in der DSTG und den Veränderungen in der angebotenen Freizeit- Unfallversicherung.

Ergänzend wurden Neuigkeiten aus dem Tarifbereich durch den Kollegen Reiner Küchler vorgetragen. Er berichtete auch über die neu gegründete Motorradgruppe "tax-rider" und hier vorhandene Pläne. Jeder mit Interesse an der Motorradgruppe kann sich gerne bei Reiner melden.

Wichtig für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort ist die Gewinnung von Nachwuchs.

Durch die verstärkten Einstellungen neuer Anwärterinnen und Anwärter in den nächsten Jahren kommt zunächst zusätzliche Arbeit auf alle zu. Jedoch ohne diesen Aufwand wird es keine Entlastung in den Ämtern geben. Der Landesvorsitzende bat noch einmal alle Anwesenden nachdrücklich, in den Finanzämtern aktiv bei der Ausbildung behilflich zu sein.

Sowohl vor als auch nach der Versammlung wurde die Zeit von den Vertreterinnen und Vertretern zum Austausch untereinander genutzt. Im Bezirk Oldenburg wurde - wie erhofft und üblich - rege diskutiert.

Aus dem Bezirk Oldenburg

Fortsetzung von Seite 7



Hier geht man offen miteinander um und ringt gemeinsam um Lösungen und Möglichkeiten. Auch dies ein Markenzeichen unseres Bezirks.

> Henriette Schmager, Bezirksauschuss Oldenburg

Aus dem Bezirk Hannover

Bezirksversammlung in Hannover

Am 16. Januar 2014 begrüßte Andreas Grundmann die Mitglieder der Bezirksversammlung für den Bereich Hannover in den Räumlichkeiten des Finanzamtes Hannover-Nord.

Der Landesvorsitzende Thorsten Eichenauer gratulierte Andreas Grundmann zu seiner Zertifizierung als Gesundheitsmanager. Andreas blicke auf sehr erfolgreiche Arbeit beim Gesundheitsmanagement zurück, werde sich künftig noch stärker engagieren und dabei auf seine Unterstützung und die des Landesvorstandes bauen können.

Als großen Erfolg der DSTG bezeichnete der Landesvorsitzende die erreichten 543 Hebungen, durch die wegen Teilzeitbeschäftigung deutlich über 700 Beförderungen erreicht werden konnten. Diese Hebungen wirkten mittelfristig fort, weil die Beförderungsrangfolgelisten zügiger als ursprünglich erwartet "abgearbeitet" würden. Weitere Erfolge seien die Neuregelung der Erholungsurlaubsverordnung, des Besoldungszuschlags bei Teildienstfähigkeit und die Aufstockungsmöglichkeit für Teilzeitbeschäftigte befristet in 2013.

2013 wurde das Tarifergebnis mit einer Erhöhung von 2,65 % zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich zu übertragen. Die Gehaltserhöhung 2014 in Höhe von 2,95 % werde - so der Vorsitzende zwar auch inhaltsgleich übertragen, aber nicht zeitgleich. Über diese zeitversetzte Übernahme sei er sehr verärgert, auch wenn wir am 01. Januar 2015 einen einheitlichen Ausgangspunkt für die nächsten Tarifverhandlungen im Tarif- und Beamtenbereich erreichten.

Steuergesetze, Beförderungswartezeiten, Besoldungsrückstand, Weihnachtsgeld, ELSTAM, IT-Ausstattung, Demografischer Wandel, Arbeitsbelastung - das neue Plakat der DSTG macht sehr deutlich, wie unsere Kolleginnen und Kollegen sich fühlen, wie ihre Motivation kontinuierlich abgebaut wird. Alle Landtagsabgeordneten haben ein entsprechendes Anschreiben des Landesvorsitzenden erhalten. Die Frage auf dem beigefügten Plakat "Sind wir noch zu retten?" werden sie beantworten müssen.

In der Diskussion ist nach wie vor die Streichung der Sonderzuwendung. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Sache zurückverwiesen hat, ist das Verwaltungsgericht Braunschweig erneut mit dem Verfahren befasst. Wir werden weiter energisch für unsere Rechte kämpfen.

Seit Jahren fordert die DSTG - insbesondere auch in den Gesprächen mit den politischen Parteien - eine angemessene Personalausstattung. Die neue Landesregierung hat eine erfreuliche Wende eingeleitet. Zu hoffen ist, dass viele qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber sich für eine Tätigkeit in der Steuerverwaltung entscheiden. Sicher wird die Ausbildung der jungen Leute für uns ein Kraftakt. Diesen müssen wir bewältigen, denn ohne Nachwuchs werden wir in absehbarer Zeit die Arbeit nicht mehr erledigen können.

Aus dem Bezirk Hannover

Fortsetzung von Seite 8

Zum Abschluss der Veranstaltung gab der Bezirksausschussvorsitzende Markus Plachta noch einige Hinweise zum Thema "Organisatorisches und Geschäftsstelle".

Z.Zt. laufen die Vorbereitungen für die Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung in den Finanzämtern. Die Wahl findet am 12. März 2014 statt; für den 01. April 2014 ist die Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung für den Bezirkspersonalrat (Finanzen) und den Hauptpersonalrat Finanzen geplant. Die DSTG hat den Ortsverbänden die für die Wahl benötigten Vordrucke zur Verfügung gestellt.

Weiterhin wies Markus Plachta darauf hin, dass die Ortsverbände die aktuellen Informationen regelmäßig

per Email erhalten. Jeder Ortsverband ist dort mit zwei, ggf. mehr Email-Adressen hinterlegt, so dass davon ausgegangen werden kann, dass alle Mitglieder auch aktuell informiert werden. Eintritte in unsere Gewerkschaft seien jetzt auch über die Internetseite der DSTG-Bund Online möglich. Der erste Eintritt hat auf diesem Wege die DSTG Niedersachsen bereits erreicht.



Aus der Schwerbehindertenvertretung

Gründung einer Schwerbehindertenvertretung der DSTG Niedersachsen

Am 12. Dezember 2013 fand beim Finanzamt Hannover-Nord die konstituierende Sitzung einer Schwerbehindertenvertretung der DSTG LV Niedersachsen statt. Der Landesvorsitzende Thorsten Eichenauer begrüßte die Teilnehmer, die aus verschiedenen Finanzämtern Niedersachsens zusammen gekommen waren, und merkte an, dass der Schwerbehindertenvertretung die Wahrnehmung der rechtlichen, beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der schwerbehinderten Mitglieder der DSTG LV Niedersachsen obliegt. Die vorgelegte Satzung der Schwerbehindertenvertretung der DSTG LV Niedersachsen wurde ausführlich erörtert und anschließend mit diversen redaktionellen Änderungen einstimmig verabschiedet.

Die Wahlen einer/eines Vorsitzenden sowie von drei gleichberechtigten Stellvertreterinnen/Stellvertretern ergaben folgendes Ergebnis:

Vorsitzender:

Raimund Wojtowicz (OV Wesermünde)

Gleichberechtigte Stellvertreter:

Juliane Richter (OV Lüchow)
Matthias Bach (OV Göttingen) und

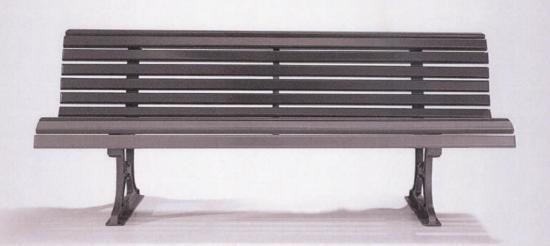
Sören Richter (OV Celle)

Anschließend referierte Kollegin Ute Wehking (stellv. Bezirksvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen) über die Arbeit eines Schwerbehindertenvertreters im örtlichen Personalrat und die Zusammenarbeit mit der Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung. Sodann berichtete Kollege Axel Kreklow über Erfahrungen aus mehr als 15 Jahren Tätigkeit als Bezirksvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen und begrüßte ausdrücklich die Einrichtung einer Schwerbehindertenvertretung bei der DSTG LV Niedersachsen.

Der Landesvorsitzende Kollege Thorsten Eichenauer zeichnete die Tätigkeit als Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen der letzten 15 Jahre auf und stellte heraus, dass die Basis für erfolgreiche Arbeit in der Schwerbehindertenvertretung auch über die Mitgliedschaft in der DSTG begründet

Wir setzen auf einfach. Einfach besser!

- klar
- transparent
- ehrlich



Sparda-Bank Hannover eG

Ernst-August-Platz 8 Hildesheimer Straße 84 Lister Meile 89, Marktstraße 45 Langenhagen: Ostpassage 9

Kostenlose Info-Hotline: 0800 3018000

Die WohlfühlBank!

www.sparda-h.de

Sparda-Bank freundlich & fair

Aus der Schwerbehindertenvertretung

Fortsetzung von Seite 9

ist. Sein Landesverband habe auf dem letzten Steuergewerkschaftstag erfolgreich für die Gründung eines Arbeitskreises Schwerbehindertenpolitik auf Bundesebene geworben.

Zum Schluss wurden die Schwerpunktthemen/Aufgaben für die kommenden 3 Jahre skizziert. In seinem Schlusswort bedankte sich Thorsten Eichenauer bei allen Anwesenden für den harmonischen Sitzungsverlauf.

Franz Gebke, DSTG Niedersachsen

Aus dem Ehrenrat

Sitzung des Ehrenrats

Ende 2013 fand in der Landesgeschäftsstelle in Hannover die diesjährige Sitzung des Ehrenrats statt. Leider konnten aus Alters- bzw. Krankheitsgründen nicht alle Mitglieder daran teilnehmen.

Nach der Begrüßung durch Koll. Hüper berichtete Dr. Eichenauer über die aktuelle Lage im Lande. Das Ergebnis der Landtagswahl im Januar hat zu einer Veränderung der politischen Landschaft in Niedersachsen geführt. An diesen Politikwechsel haben viele Kolleginnen und Kollegen Erwartungen geknüpft, die bislang noch nicht erfüllt wurden. Mit der Übernahme des Tarifabschlusses 2013 für die Beamtinnen und Beamten wurde erwartet, dass dieses auch in 2014 zeit- und inhaltsgleich erfolgt.

Diese Erwartung wurde bitter enttäuscht durch das Hinauszögern bis zum 1. Juni 2014. Es ist dabei auch kein Trost, dass außer in Bayern und Hamburg die Kolleginnen und Kollegen teilweise noch viel schlechter gestellt wurden.

Das Ergebnis ist ein unüberschaubarer Flickenteppich bei



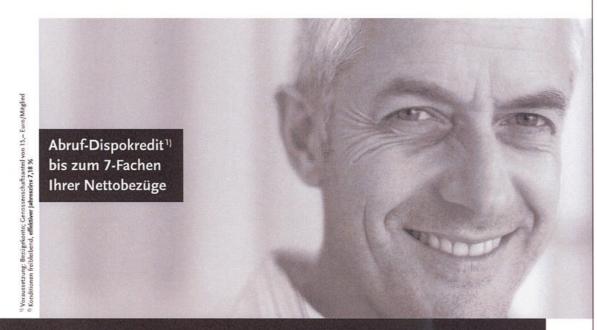
der Besoldung.

Vergessen werden dürfen aber nicht die unbestreitbaren Erfolge der DSTG auch in diesem Jahr: Erhöhung der Anwärterzahlen, Stellenhebungen im Außendienst und Erfolge im Tarifbereich. Auf Bundesebene macht sich die Bundesleitung im Bundesvorstand Gedanken über die zukünftige strategische Ausrichtung der Gewerkschaftsarbeit. Ganz wichtig ist OV-Arbeit an der Basis in den Finanzämtern. Nachdenklich gestimmt hat die Beteiligung der Ortsverbände am von der Bundesleitung ausgerufenen Aktionstag.

Erfreulich ist unsere immer wieder starke und engagierte Jugend, die mit großem Einsatz die neuen Anwärter an der Steuerakademie jedes Jahr begrüßt und mit dem notwendigen Rüstzeug für ihre Ausbildung versorgt.

Kollege Hüper berichtete ferner über die Einrichtung einer Bundesseniorenvertretung beim DBB. Analog dazu wurde auch in Niedersachsen eine Landesseniorenvertretung installiert, deren Vorsitzender Kollege Hüper ist, der auch Landesvorsitzender des Bundes der Ruhestandsbeamten (BRH) ist.

Nach dieser Fülle von Informationen endete die Sitzung mit einem regen Gedankenaustausch, ein Zeichen dafür, dass die Mitglieder des Ehrenrats sich sehr wohl für die aktuellen Probleme interessieren.



Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto¹⁾

 Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard und viele weitere attraktive Extras!

1 6,99 %2) p. a. Abruf-Dispokredit 1)

Bis zum 7-Fachen Ihrer Nettobezüge

Beispiel:

Nettodarlehensbetrag 10.000, – Euro Laufzeit 12 Monate Sollzinssatz (veränderlich) 6,99 % p. a. Effektiver Jahreszins 7,18 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,— Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren an.

4 0,- Euro Depot 1)

· Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

BBBank eG

Direktbank, 76119 Karlsruhe Telefon 07 21/141-23 09, Telefax 07 21/141-23 08 E-Mail direktbank@bbbank.de







Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst